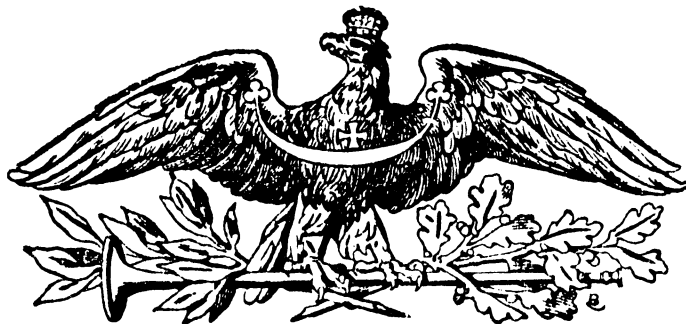




Blutige Zusammenstöße in Oberschlesien.

Unruhen auf der Friedenshütte.

W. D. W. 10. April. (Amtlich.) Gestern vormittag wurde nach Friedenshütte militärische Hilfe zum Schutze der dortigen Lebensmitteldépôts und zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Mariä geschickt. Als die vom 1. Bataillon des oberschlesischen Freiwilligenkorps entsandten Mannschaften daselbst gegen 2 Uhr nachmittags lediglich zur Erfüllung obiger Aufgaben eintrafen, wurden sie von der aufgeregten Menge, ohne daß diese sich weiter um den Grund der Maßnahme kümmerte, in wilder Weise beschimpft und bedroht. Alle Ermahnungen zur Ruhe waren jedoch fruchtlos, vielmehr wurde das Militär mit dem Tode bedroht, mit Steinen beworfen und von zwei Seiten beschossen, der Versuch zu einer Entwaffnung gemacht und in einem Falle von einem Zivilisten eine Handgranate geworfen. Als Gefahr bestand, daß das Militär der Masse unterliegen würde, sahen sich die Führer gezwungen, Befehl zum Feuern zu geben, was bedauerlicherweise Menschenopfer erforderte. Es wurden bislang fünf Tote und einige Verwundete gemeldet. Ganz besonders taten sich bei den täglichen Angriffen halbwüchsige Burschen hervor.

○ Hierzu wird uns noch berichtet: Bei dem Hütten-Eisen- und Stahlwerk „Friedenshütte“ der Oberschlesischen Eisenbahnbedarf-A.G. kam es am Mittwoch abends zu einem Zusammenstoß zwischen den Arbeitern der Hütte und den Soldaten des Grenzschießes. Die Ursache ist darauf zurückzuführen, daß der alte Arbeitererrat abgelehnt worden war und die Arbeiter auch mit der Zusammenfassung des neuen nicht einverstanden waren. Sie begannen darum gegen 6 Uhr abends die Beamten mit Karren aus dem Hüttenwerk herauszufahren. Hiergegen schritten die Polizei und die Soldaten des Grenzschießes ein, wobei es zu einem heftigen Kampfe zwischen Arbeitern einerseits, Polizeimannschaften und Soldaten andererseits kam. Das zur Hilfe herbeigerufenen Militär des Grenzschießes wurde von einer aufgeregten Menge, ohne daß diese sich über den Grund der Maßnahme unterrichtet hatte, in der wildesten Weise beschimpft und bedroht. Alle Ermahnungen zur Ruhe erwiesen sich als fruchtlos, so daß das Militär einschreiten mußte. Dieses feuerte mit Maschinen- und Infanteriegeschützen. Die Arbeiter erwiderten das Feuer. Die Beamten sind geflohen.

Die Spartakus-Unruhen.

W. Magdeburg, 10. April. Generalmajor Maerker hat die Auflösung des hiesigen Soldatenrates angeordnet. Das Landjägerkorps hat bei den bisherigen Zusammenstößen keine Verluste erlitten. Die letzte Nacht ist durchaus ruhig verlaufen. Der Streik ist gebrochen. Die Arbeiter haben heute früh vollständig in allen Betrieben die Arbeit aufgenommen. Wie das hiesige Lebensmittellager mitteilt, kam es in der vorletzten Nacht zu neuerlichen Plünderungen im hiesigen Lebensmittellager, so daß die Verteilung der dort lagernden Lebensmittel an die Bevölkerung unmöglich geworden ist. Die Plünderungen wurden offenbar von den jetzt aufgelösten Wachmannschaften verübt.

W. Magdeburg, 9. April. Nach der Feststellung des Landesjägerkorps beinaht die Verluste der Zivilbevölkerung bei den Zusammenstößen am gestrigen Tage auf neun Tote, darunter eine Frau. 39 Verwundete wurden in Krankenhäusern und Lazaretten aufgenommen.

SShb. Braunschweig, 10. April. In Braunschweig ist alles ruhig. Die Geschäfte sind geschlossen. Von heute ab müssen die Straßen um 9 Uhr abends ohne Verkehr sein. Die bürgerlichen Zeitungen erscheinen nicht, auch das Organ der Unabhängigen, die „Braunschweigischen Anzeigen“, ist nicht erschienen. Die Eisenbahnen haben sich dem Streik angeschlossen. Für heute vormittag 10 Uhr ist eine Versammlung geplant mit anschließendem Demonstrationszug.

Die Lebensmittelzufuhr.

W. Haag, 9. April. Außer den bereits in Hamburg eingetroffenen Dampfern mit Lebensmitteln sind gegenwärtig weitere sieben Dampfer mit zusammen 43 000 Tonnen Mehl, Fett, Milch nach Hamburg, Bremen und Emden unterwegs. Nach den heutigen Verhandlungen in Rotterdam ist für die Beschleunigung der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland die rechtzeitige Lieferung von Bunkerkohle von großer Bedeutung. Die Fortdauer des Streiks im Kohlengebiet würde daher die nach Überwindung großer Widerstände endlich in Gang gekommene Lebensmittelzufuhr unmöglich machen.

Heeresbericht des M. O. K.-Süd.

6. A. K. Bei Kempen und Groß Wartenberg wurden die über die Demarkationslinie vorstoßenden feindlichen Patrouillen vertrieben.

5. A. K. Feindliche Patrouillen nördlich Rawitz und nördlich Sojanowo abgewiesen. Ostlich Komit und östlich Tirschtiegel beschossen die Polen unsere Posten.

2. A. K. An Straße Zablowo. Ufsh beschossen die Polen ein Geschütz mit Mörsern. Zweimaliger Angriff einer polnischen Bande auf Adolfsheim südöstlich Kolmar wurde abgewiesen. Stadt, Bahnhof und Nehebride, Rakel wurden am 7. und 8. nachmittags ohne Grund von den Polen mit Artillerie beschossen.

Vorläufige Neutralisierung Oberschlesiens.

Nach Berichten polnischer Blätter hat die in Teschen amtierende Entente-Kommission telegraphisch die Weisung aus Paris erhalten, daß bis zur endgültigen Entscheidung über das Teschener Gebiet die Entente-Kommission in Teschen als höchste Landesbehörde zu betrachten sei. Die Entente-Kommission hat auf Grund dieser Weisungen das Gebiet zwischen Vialta und Ostrawitz als neutrales souveränes Territorium erklärt, auf welchem eine gemischte polnisch-deutsche Kommission unter dem Protektorat der Entente-Kommission die Herrschaft ausübt. Die bisher amtierenden Behörden bleiben bestehen. Die dieses Gebiet bewohnenden Deutschen sind in dieser Kommission vorläufig nicht vertreten.

Gegen die Rätediktatur in Bayern.

* Der Widerstand gegen die Rätediktatur in Bayern ist weiter im Steigen. Es gewinnt den Anschein, als ob die bolschewistische Gewaltherrschaft über München nicht sonderlich hinauswachsen würde. Die Städte, in denen die Kommunisten — meistens in der Minderheit — die Ausrufung der Rätereublik erzwingen, beginnen sich allmählich vom Terror des spartakistischen Proletariats zu befreien. So hat, wie gemeldet, in Würzburg die Bürgerschaft einschließlich der Arbeiter der Rätereublik ein energisches Ende bereitet. Auch die bayerischen Bauern erheben nachdrücklich Einspruch gegen die kommunistischen Volksbeglückungspläne. Wenn es zutrifft, daß, wie weiter unten mitgeteilt, auch die Entente den bolschewistischen Bayern Frieden und Brot verweigern will, so dürften die Tage der Rätediktatur allerdings gezählt sein. Inzwischen scheint auch die bisherige Regierung tatkräftige Anstrengungen zu machen, ihre Rechte wieder herzustellen. Über die Entwicklung der Dinge in Bayern liegen folgende Meldungen vor:

SS Die Lage in Bayern wird in einer Meldung aus Weimar als durchaus günstig für die Regierung des Ministerpräsidenten Hoffmann bezeichnet. München ist in nördlicher Richtung vom Eisenbahnverkehr abgeschnitten. Die Reichsbank hat die Verschönerung von Noten nach München eingestellt. Die Rätereublik in München hat, wie hinzugefügt wird, keine Platten zum Druck von Notizen zur Verfügung, da die in München vorhandenen gewesenen Platten rechtzeitig entfernt worden sind. Die Ausrufung der Rätereublik in München hat natürlich auch für die bayerische Wirtschaftswelt üble Folgen. Verschiedene norddeutsche Firmen, die mit Münchener Geschäften seit Jahren in Verbindung standen, haben diesen, wie dem „Tag“ aus Nürnberg gemeldet wird, den Kredit gesperrt, und für erteilte Aufträge die vorherige Einlösung des Geldes verlangt. In Nürnberg war am Dienstag ein Teilstreik ausgebrochen, der am Mittwoch wieder beendet war.

W. Der bayerische Zentrumsabgeordnete Dr. Georg Heim veröffentlicht einen Aufruf an die bayerischen Bauern, in dem er im Namen von 400 000 Bauern gegen den Eingriff der neuen Räte-Republik in den Betrieb der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Darlehnskassen Einspruch erhebt. Er habe aus Gründen der Menschlichkeit gegen die Ausforderung an die Bauern zum Ernährungsstreik Stellung genommen, sei aber überzeugt, daß die Maßnahmen der Rätereublik auf die Bauern aufreizend wirken werde. Dr. Heim erklärt, besonders scharfen Protest erheben zu müssen, weil die Leute, die jetzt in München als Minister auftreten, fast reißlos Nicht-bayern seien. Man werde nicht dulden, daß das vorbildliche landwirtschaftliche Genossenschaftswesen Bayerns der Willkür landfremder und verständnisloser Leute zum Opfer falle.

SShb. Bamberg, 10. April. Nach einer Stuttgarter Meldung, für die bis in die späten Abendstunden eine Bestätigung nicht zu erlangen war, sollen die Entente-Regierungen der Reichsregierung durch Funkpruch mitgeteilt haben, daß Bayern nicht in den Friedensvertrag mit einbezogen werde. Eine Kontrollkommission der Entente werde darüber wachen, daß Bayern von den Lebensmitteln der Entente nicht das geringste erhält.

* Bamberg, 10. April. Die bayerische Regierung trifft Vorbereitungen zu Zwangsmaßnahmen gegen die Münchener Empörer. In allen der Regierung ergebenen nordbayerischen Garnisonen finden Truppenkonzentrationen statt. Der Kleinstenaustrich des bayerischen Landtages tritt kommenden Montag in Bamberg zusammen.

W. München, 10. April. Der Volksausschuß des Soldatenrates München ließ Dienstag nachmittags durch Autos Flugblätter unter die Bevölkerung verteilen folgenden Inhalts: Die heute versammelten Räteversammlungen sämtlicher Truppenteile in München erklären, hinter der auf sozialkommunistischer Grundlage aufgebauten Rätereublik zu stehen, diese im Interesse des Wohles des gesamten Proletariats schützen und jegliche reaktionären Eingriffe in entschiedenster Weise unterbinden zu wollen.

Stellen gegen die deutschösterreichische Volkswehr.

Zu dem diplomatischen Schritt Italiens bei der Wiener Regierung wegen der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages mit überlegender Stärke der deutschösterreichischen Volkswehr wird aus Wien, 9. April, berichtet:

Die italienische Waffenstillstandskommission hat mit Berufung auf das Waffenstillstandsabkommen an die deutschösterreichische Regierung die Aufforderung gerichtet, den Stand der Volkswehr (gegenwärtig 50 bis 60 000 Mann) auf 24 Divisionen Friedensstärke zu reduzieren. Die geforderte Reduktion würde eine Verringerung auf ungefähr ein Fünftel des gegenwärtigen Standes bedeuten. Die deutschösterreichische Regierung hat gegen diese Forderung Vorstellungen erhoben. Sie verweist vornehmlich darauf, daß eine Herabminderung des Standes den übrigen Nationalstaaten, die ebenfalls das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet haben, nicht zugunsten werde: die Nachbarstaaten hätten im Verhältnis zu Deutschland große Truppenmassen, der tschechoslowakische und der jugoslawische Staat halten ganze Heerarmeen, und die ungarische Rätereublik stelle eine rote Armee auf.

Wie in Wiener politischen Kreisen verlautet, dürfte die geforderte Reduktion der Volkswehr weniger auf die Hindernisse bei der Regierung stoßen, als vielmehr bei der Volkswehr selbst, die es sich nicht gefallen lassen will, daß man ihren Stand verringert, solange sie nicht ihre sozialistisch-kommunistischen Ideen verwirklicht sieht. Auch die Kenner, Seis, Bauer und Konsorten merken jetzt, daß es nicht so leicht ist, die Geister loszuwerden, die sie riefen, und daß die von ihnen geschaffene Parteidiktatur sich leicht gegen sie selbst wenden kann.

Rundgebungen des Reichswehrministers Noske.

Dank an die Freiwilligen-Gruppen.

W. Berlin, 10. April. Reichswehrminister Noske hat folgenden Befehl an die Truppen der Abteilung Lüttich gerichtet: „In den letzten Tagen werden die mir unterstellten Freiwilligen Truppen von radikaler Seite in ganz unerhörter Weise geschmäht. Die Reichsregierung verurteilt diese verbrecherische Tätigkeit ihrer Gegner aufs schärfste, und gibt den Truppen hierdurch die bestimmteste Garantie, daß sie durch die der Reichsregierung geleisteten Dienste in keiner Weise in ihren staatsbürgerlichen Rechten geschmälert werden, insbesondere wird die Reichsregierung zu verhindern wissen, daß der den Freiwilligen Verbänden von gegnerischer Seite mehrfach angebotene Wohlkott wirksam wird.“

Ich benutze diese Gelegenheit, den Freiwilligen-Gruppen für ihre treue Dienste erneut den Dank der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen. Der Reichswehrminister. Noske.

„Ohne Disziplin ist nichts Vernünftiges anzustellen.“

Einem Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ gegenüber, der den Reichswehrminister Noske über die Lage in Berlin und im Reich befragte, äußerte Noske:

Wir hatten Grund zu der Annahme, spartakistische Umtriebe könnten in

Berlin

eintreten, daher unsere Vorichtsmaßnahmen, die sich glücklicherweise nachher als überflüssig erwiesen. Die Reichsregierung ist auf alle Möglichkeiten vorbereitet. In

Magdeburg

verläuft alles programmäßig, die Stadt ist vollkommen in unserer Hand. Hervorragende Leistungen vollbracht eine Abteilung aktiver Unteroffiziere unter dem Oberfeuerwerkerfeldwebel Seidenstun. Auf meinen Befehl patrouillierten auf der Elbe mit Maschinengewehren bestückte Motorboote, um die Schiffs-transporte, die amerikanischen Lebensmittel stromaufwärts bringen, vor spartakistischen Überfällen zu sichern. In

Bamberg

werden, wenn mein Freund Hoffmann sich nur noch kurze Zeit hält, die Verhältnisse zugunsten der rechtmäßigen Regierung sich beseitigen. Epp, früher Kommandeur des Münchener Leibregiments, ist ein hervorragender Offizier, wenn es nicht anders geht, wird München genau so mit Waffengewalt zur Ordnung geführt werden müssen, wie das in Bremen, Düsseldorf usw. geschehen ist.

Die unser Vaterland in den Abgrund gestürzt wird, muß lieber

aufs kräftigste eingeschlagen werden. Das Blut, wenn es fließen sollte, kommt über die kommunistischen Tölpelhauler. Im Ruhrrevier liegen die Verhältnisse weit günstiger, als die Sensationspresse wahr haben will. Auf die Frage, wie er sich zu den Anträgen wegen Einrichtung eines Reichs-soldatenrates stelle, der dem Reichswehrminister gleichberechtigt zur Seite gestellt werden sollte, antwortet Noske: Der Rätekongress kann Wünsche äußern, die der Nationalversammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten sind.

wenn aber der Reichsfolatenrat Tatsache werden sollte, gehe ich ohne einheitliche Leitung, ohne Disziplin ist nichts Vernünftiges anzustellen. Das dürften die letzten Momente nachgerade bereit genug dargelegt haben.

Der bolschewistische Streik.

Weiteres Entgegenkommen des Ruhr-Zechenverbandes.

W. Essen, 10. April. Eine Konferenz von Vertretern der vier Bergarbeiterverbände und von Vertretern des Zechenverbandes tagte heute unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer und unter Teilnahme des Reichskommissars Seevering sowie von Vertretern des preussischen Handelsministers im Reichshaus zu Essen, um zu der durch den Generalkonflikt im Ruhrrevier geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Die Konferenz kam nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit für die unter Tag beschäftigten Grubenarbeiter auf sechs Stunden im Interesse unserer Volkswirtschaft zurzeit unmöglich ist. Auf dringende Vorstellungen der Vertreter der Bergarbeiterverbände, die der Meinung Ausdruck gaben, daß ein Entgegenkommen in Bezug auf die Arbeitszeit angesichts der schlechten Ernährungsverhältnisse unbedingt notwendig sei, haben die Vertreter des Zechenverbandes auf Einwirkung des Reichsarbeitsministers sich bereit erklärt, in siebenstündige Arbeitszeit, einschließlich der Eins- und Ausfahrt, für die unter Tag beschäftigten Arbeiter einzustimmen. Durch diese Verkürzung der Arbeitszeit sind die deutschen Bergarbeiter besser gestellt als die englischen. Die Arbeitszeit der Arbeiter über Tage bleibt dieselbe. Die Frage, ob eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit für die unter Tag beschäftigten Bergarbeiter sich ermöglichen läßt, soll einer Prüfung durch eine Kommission unterzogen werden, die festzustellen haben wird, ob eine weitere Arbeitsverkürzung mit Rücksicht auf unsere Volkswirtschaft und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf den Bergwerken durchführbar ist.

Das Verbrechen am Volke.

Unter der vorstehenden Überschrift wendet sich der „Vorwärts“ erneut mit einer dringenden Mahnung an die streikende Arbeiterschaft. 16 Milliarden Verlust sind schon jetzt die Folgen des Streiks. Die Lebensmittelzufuhr ist durch den Ausfall der Kohlenförderung in Frage gestellt.

Infolge der Streikunruhen sinkt der Wert des deutschen Geldes im Auslande von Stunde zu Stunde. In Dänemark haben 112 M. deutschen Geldes nur noch den Wert von 33,25 Kr., in Stockholm den Wert von 31,60 Kr. In der Schweiz, wo vor wenigen Tagen noch für einen Markpreis von 80 M. 107,50 M. bezahlt worden sind, müssen heute für diesen Betrag bereits 234 M. bezahlt werden. Das heißt, das deutsche Geld ist auf rund 26 Proz. seines Wertes gesunken. In diesen Streiktage verliert der Arbeiter pro 80 M. 36,50 M. In Deutschland haben wir zurzeit etwa 85 Milliarden Mark Papiergeld im Verkehr. Auf 80 M. haben wir in wenigen Tagen 36,50 M. an Wert verloren, also auf 100 M. 45,72 M. Gemessen an dem Stand unseres Geldes in der Schweiz haben wir also durch die fürchterliche Verunsicherung unserer Wirtschaft durch das Generalkonflikt, in das unsere Arbeiterschaft jeden Tag von neuem gedrückt wird, in wenigen Tagen 15 913 750 000 Mark verloren. Das ist geradezu fürchterlich.

will die Verantwortung dafür übernehmen? Das muß zum Zusammenbruch führen. Die Lebensmittelpreise werden ins Ungeheure steigen, wenn das so fort geht. Was wir vor zehn Tagen in der Schweiz an Lebensmitteln noch für 100 Mk. bekommen haben, müssen wir heute schon mit 145,73 Mk. bezahlen.

Der Aufruf schließt: „Voll ermanne dich! Laß dich nicht wehlos ins Elend treiben. Den Streikhebern muß die härteste Antwort gegeben werden. Sie sind die Schädlinge unseres Volkes!“

Der Generalstreik in Bremen gescheitert.

w. Bremen, 10. April. Die zweite Sitzung der Bremer Landesversammlung nahm einen stürmischen Verlauf. Die kommunistische Partei hatte beantragt, über die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung, betreffend Aufhebung des Belagerungszustandes und Entfernung der Regierungsschutztruppen aus der Wäse, an erster Stelle zu verhandeln. Der Redner der Kommunisten mußte mehrere Male zur Ordnung gerufen werden, ließ sich aber dadurch nicht beeindrucken. Die Sitzung wurde dreimal vertagt. Als schließlich der kommunistische Antrag auf Umlegung der Tagesordnung abgelehnt wurde, verließen die Kommunisten unter großem Lärm den Saal, ihnen schlossen sich später die Unabhängigen an. Die Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Entfernung der Regierungsschutztruppen wurden sodann abgelehnt. Danach wurde seitens eines Mitgliedes der provisorischen Regierung mitgeteilt, daß der für heute Mittwoch geplante Generalstreik in Bremen an der Haltung der Eisenbahner, die sich an einem politischen Streik nicht beteiligen wollten, scheiterte. Man beabsichtigt nunmehr den Generalstreik in der nächsten Woche aufzunehmen.

Die Berliner Streiks.

Der Bankbeamten-Ausstand.

SShb. Berlin, 10. April. Bekanntlich haben gestern die Beamten der Deutschen Bank mit einer Mehrheit von 198 Stimmen beschlossen, an dem Bankbeamtenausstand nicht teilzunehmen. Infolgedessen verließen die streikenden Bankangestellten, daß das Gebäude der Deutschen Bank an der Mauerstraße umstellt werden soll, um sie an der Arbeit zu verhindern. Tatsächlich fanden sich, wie der „Z. M.“ berichtet wird, bereits früh morgens 6½ Uhr zahlreiche Ausländer, unter denen sich auch andere Elemente gemischt hatten, in den benachbarten Straßen ein und verhinderten die Arbeitswilligen am Betreten des Bankgebäudes. Wie es heißt, ist es dabei auch zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Einem Teil der Arbeitswilligen ist es trotzdem gelungen, ihre Arbeitsstätte aufzusuchen. Regierungstruppen schritten ein und säuberten die Umgebung des Gebäudes der Deutschen Bank. Da aber ein regelmäßiger Betrieb nicht aufrechterhalten werden kann, ist es den Angestellten der Deutschen Bank freigelegt worden, sich solange der Arbeit fernzuhalten, bis andere Verhältnisse eingetreten sind. Um 10 Uhr fand in den Germania-Sälen eine Versammlung derjenigen statt, die sich gestern für den Streik erklärt haben.

Der Ausstand in der Berliner Metallindustrie.

SS Mit dem am Mittwoch gefällten Schiedsspruch in Sachen des Streiks der Angestellten der Metallindustrie haben sich die Unternehmungen in einer Reihe von Punkten, obwohl sie meinen, daß er in vielen Punkten die Grenzen überschreite, innerhalb deren eine der deutschen Volkswirtschaft ersprießliche Weiterführung der Betriebe möglich erscheint. Dagegen sind die Angestellten oder wenigstens ihre Oben mit dem Spruch unzufrieden. Diese Oben haben am Mittwoch nachmittags in einer Vollversammlung an den gegenwärtig in Berlin tagenden Rätekongress ein Telegramm gerichtet, in welchem sie sich darüber beschwerten, daß ihre Forderungen um das Mitbestimmungsrecht in einer Weise festgelegt worden seien, die auch den bescheidensten Einfluss in den Betrieben unmöglich mache. Die Regierung verweigere die Zustimmung zu den Forderungen der Oben. Daher solle der Rätekongress mit allen Mitteln für Sozialisierung der Betriebe eintreten. Das Telegramm schließt mit den Worten: „Es lebe die Solidarität der Kopf- und Handarbeiter!“

Der Rätekongress.

In der Mittwoch-Sitzung ergriff, wie schon kurz mitgeteilt, der Abg. Cohen das Wort zur Erörterung über den Zentralbericht. Er wandte sich dabei sehr scharf gegen die auswärtige Politik der Regierung und empfiehlt folgende Resolution als Basis: Der Rätekongress bedauert die Politik, die einen internationalen europäischen Zusammenstoß und damit die wichtigste Voraussetzung eines sozialistischen Völkerverbundes unmöglich macht. Er bedauert insbesondere, daß das deutsche Volk in einen neuen Gegensatz zu dem französischen Volk hineingetrieben wird, und verurteilt es, daß der deutschen Öffentlichkeit wichtige Tatsachen über die deutsch-französischen Beziehungen vorenthalten werden und einstellt wiederzugeben werden. Cohen fragt dann, ob die deutsche Regierung jemals Frankreich angeboten habe, das zerstörte Gebiet mit deutschen Arbeitskräften aufzubauen? Wirtschaftspolitisch sei das die einzige Möglichkeit für uns, herauszukommen. Die Regierung müßte mit dem Eraberger-Erforschen ein Ende machen. Herr Eraberger arbeite mit falschen Darstellungen, um nachher sich mit der Glorie besonderer Dürftigkeit zu umkleiden. Wir wollen uns nicht in einen neuen Gegensatz zu Frankreich hineinbegeben lassen. In einem klaren Verhältnis zu Frankreich ist der unumwundene Verzicht auf Elsaß-Lothringen nötig. Es kommt nicht auf die Sprache, sondern auf die Völkerrichtung an. Was für Oberbefehlshaber gilt, gilt auch für Elsaß-Lothringen. Das muß der David, Eraberger, Scheidemann gesagt werden. (Sehr wahr.) Eine Abstimmung ist allerdings notwendig. Im „Vorwärts“ kommt man mit dieser Meinung nicht zum Wort. (Wah.) Wir bedauern, daß es nicht gelungen ist, die Elsaß-Lothringer deutsch gesinnt zu machen. Höher als dieser Verzicht aber steht uns die deutsche Wirtschaft. Wir lassen uns auch nicht dreinecken hinsichtlich des Einflusses der Deutschösterreicher. Zum Deutschen Reich darf nur gehören, wer sich als Deutscher fühlt. (Zustimmung.)

Nach dem Abgeordneten Braß war sodann Reichsminister Wissell zum Wort gemeldet. Der Vorsitzende Müller bezeugte aber, ob ihm das Wort außer der Reihe gegeben werden könne. Nach fast halbstündiger Auseinandersetzung darüber wird beschloffen, den Vertretern der Regierungen jederzeit das Wort unbeschränkt zur Sache zu erteilen.

Reichsminister Wissell nimmt zuerst Eraberger gegen eine Bemerkung Cohens in Schutz. Ich weise die Vorwürfe der Reduzierung mit aller Entschiedenheit zurück. Wir sind nicht verantwortlich dafür, was in irgendwelchen Kreisen vorgeht. (Zurufe: Moske, Moske! — Ebenhotel!) Ich weiß nur eins, daß hier in Deutschland der russische Rubel in verhängnisvoller Weise gerollt hat. (Zuruf: Der Bolschewismus ist nur mit deutschem Gelde gemacht.) Das Wort von der sofortigen Sozialisierung ist bei Ihnen nur Schlagwort. Sollen wir einen Steinbruch, ein Trümmersfeld sozialisieren? (Großer Lärm.) An diesem Trümmersfeld tragen Sie die Mitschuld. (Ernster Lärm.) (Zurufe: Moske, Moske!) Diese Schuld wird Ihnen die Geschichte einst hoch anrechnen. Mit es nicht schrecklich, daß die Lebensmittelpreise mit Wallst ausbrechen müßten, statt mit Waren zur Befriedigung der Lebensmittel? (Lärm.) (Zurufe: Ihre Kriegspolitik!) Jeder Tag des Streiks zehrt, daß die Arbeiter das Brot in den Not treten. Der Redner weist weiter auf die bedrückende Lage unserer Volkswirtschaft hin und hält den Unabhängigen vor, daß sie in dem mitteldeutschen Kohlengebiet es von den Arbeitern selber beschlagnahmt erhalten hätten, daß man sie belagern habe. (Großer Lärm links.) Sie hätten sonst gar nicht gestreikt. (Ernster Lärm.) Das Schwarze wird hier weiß zu machen versuchen. (Großer Lärm.) (Zurufe: Reichsminister!) Welches hat einmal gesagt: wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen. (Großer Lärm.) (Zurufe: Sagt doch das Ehrenkapitalisten.)

Scheidmanns Rede. Jetzt laßt auch die Entente, nur der Arbeiter soll das zu essen kriegen. Wir haben zur Befriedigung unserer Lebensmittel, weil uns Kohle und Kali fehlen, unser bares Gold geben müssen. (Zurufe: Eure Kriegspolitik.) Auf Sie fällt der Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft. Auch im sozialistischen Deutschland wird Arbeit die erste Pflicht sein müssen. Zum Schluß gibt der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiter doch zur Einsicht kommen werden. Jeder Streiktag untergräbt den Boden, auf dem das Haus Ihrer Zukunft stehen kann. (Stürmischer Beifall rechts.) (Widerspruch links.) Zum Schluß wurde eine Ansprache an den Rätekongress seitens des Streikkomitees der Metallarbeiter verlesen, welche die Sozialisierung vom Rätekongress verlangen, da sie den Schiedsspruch ablehnen, weil die bescheidensten Forderungen des Mitbestimmungsrechts abgelehnt seien und die Regierung die Hilfe verweigere.

Scheidmann in der Nationalversammlung zur Sage

(Eigener Drahtbericht.)

S. S. Weimar, 10. April. Die heutige Vormittags-Sitzung der Nationalversammlung sah mit Spannung und Erwartung der Rede Scheidmanns über die innere und äußere Lage entgegen. Aber kein Modell, der sonst so üppig fließt, war heute wie trübes trübes Gewässer. Man hatte von seiner Rede einige Sentenzen erwartet, aber die blieben aus. Es fehlte seinen Worten an mitreißender Kraft, an Schwingung und an Energie, die in diesem Augenblick erstrefter Gefahr für das Vaterland ums das Vertrauen hätte geben können, daß ein Mann an der Spitze unserer Regierung steht, dem man den Ehrentitel eines „Herls“ geben könnte. Kein festes Eingreifen in das Steuer, nur ein vorsichtiges Labieren und Kreuzen. Was er sagt, sind Selbstverständlichkeiten; gegen Ausland das Bekenntnis zur entschlossenen Abwehr des Bolschewismus, an Frankreich die Versicherung, daß die Elsaß-Lothringische Frage so geregelt werden soll, daß sie für später keinen Anlaß zu Verhandlungen von einer Seite gibt, gegen alle der Wunsch, am Völkerverbund in Freiheit und Gerechtigkeit mitzuwirken. Entschlossen allerdings ist er zur Abwehr des inneren Feindes, der uns den Frieden zu entreißen droht.

Gegen die Räterepublik, gegen Bolschewismus und Terror kündigt er den Kampf auf Leben und Tod an. Ein „Wache auf“ ruft er dem deutschen Volke zu, warnt vor Gewalt im Innern, die uns einen Gewaltfrieden von Außen bringen würden, einen im traffen Gegensatz schafften würden zwischen uns und den anderen Nationen und uns der Versklavung durch unserer Gegner ausliefern würden. Darum keine Verschleuderung der Arbeitskraft, die allein uns retten kann, uns schützen vor Verelendung, durch Hunger; denn die ist nicht zu bekämpfen, wenn uns die Zahlungsmittel an das Ausland durch Streik entzogen werden. So spricht er wohl eine halbe Stunde lang; man wartet auf einen erfrischenden Kraftstoß, der bleibt aber aus. Zum Schluß aus dem Hause ein Bravo, so matt, wie die Rede und Scheidmann hat gesprochen.

Eine kräftigere Sprache als führte der Zentrumsgesandnete Dr. Pfeiffer, der nicht nur von seinen näheren Freunden, sondern auch von den Vätern der Rechten manches „sehr richtig“ ertönt. So als er auf die Schuldfrage am Kriege zu sprechen kommt, und nachweist, daß wir durch unsere Feinde in den Kampf hineingezwungen wurden, so als er das deutsche Volk gegen den Anwurf, daß es als Sieger nicht anders gebandelt haben würde, als der jetzige Sieger. Lauten Beifall von der Rechten findet er, als er mit aller Energie erklärt, daß wir einen Gewaltfrieden nicht dulden werden, daß es auch nur ein „bis hierher und nicht weiter“ gibt, daß der Weltbolschewismus leicht zu einem Zusammenbruch auch für unsere Feinde führen könnte. Und gegen den Bolschewismus im Innern ruft er mit aller Macht zu kämpfen auf, und mit Dank denkt er dann an alle Söhne unseres Volkes, die sich in den Dienst der Abwehr dieses neuen Unheils gestellt haben.

Das Chaos in Bayern aber sei eine Gefahr für das ganze Reich, und das ganze bayerische Volk müsse in der Befreiung dieser von Volkseigenen erregten Anarchie mitarbeiten. Frieden und Brot müssen wir haben, und dies gibt es nur durch Arbeit. Sozialisierung und Rätepolitik, die sozialen Gedanken der Revolution bespricht er, erstere bezeichnet er nur als materiell finnis, als ideale Güter für möglich. Nach ihm der Abgeordnete Koch, der in endlos langer, größtenteils recht uninteressanter Rede mit der gleichen „Hochentzückung“ Staatsgerichtshof, Schuld am Kriege, Schuld an dem Streik und in dieser Reihenfolge noch tausend andere Dinge vom sozialdemokratischen Standpunkte aus bespricht. Das Haus leert sich währenddessen mehr und mehr, und seine Rede, in der er die Regierung wegen ihrer Schwäche mit harten Worten anspitzt, richtet er in der Hauptsache nur an seine Parteigenossen, bis ihm um 1½ Uhr das Wort entzogen wird.

Aus dem Verfassungsausschuß.

D. Weimar, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Verfassungsausschuß beriet in seiner heutigen Sitzung weiter über das Kapitel Reichstag. Bei Art. 57, der über die Immunität der Abgeordneten handelt, gab es eine längere Debatte. Von Seiten der Deutschen und der Deutschen Volkspartei wurde ein Antrag eingebracht, daß die Immunität der Abgeordneten bei der Straßverfolgung nicht Platz greifen sollte. Der Grund hierfür ist, wie Dr. Dahl von der Deutschen Volkspartei in längerer Ausführungen darlegt, daß bei einem bereits abgeschlossenen Strafverfahren die Politik hinter der Justiz zurücktreten müsse. Ein Antrag Gröber verlangt, daß die Immunität der Abgeordneten sich auf die Abgeordneten aller deutschen Landtage erstrecken müsse, nicht nur auf den Reichstag. Der Art. 58 wird diesem Antrag entsprechend abgeändert. — Am Schluß der Vormittags-Sitzung sprach der Abgeordnete Dahl sein Bedenken aus, das man lebhaft wieder aufnehmen können. Er geistete die Satz, mit der Verfassungsfrage im Ausmaß durchgebetet wird. Es bleibt, so führte Dr. Dahl aus, bei dieser Art Arbeit wirklich kaum die notwendige Zeit für die Vorbereitungen zur Sitzung, und so würden eine Anzahl unbrauchbarer Beschlüsse gefaßt, was sich bei der zweiten Lesung des Gesetzes rächen würde. Aber die Mehrheitsparteien wollen diese Satz, und so wird weiter abgehandelt werden.

In der Nachmittags-Sitzung ging der Verfassungsausschuß zur Besprechung des Art. 1 Reichspräsident über. Es entstand eine längere Debatte über die Frage, ob an der Spitze des Reiches ein Präsident oder ein Kollegium stehen solle. Letzteres befürwortete der sozialdemokratische Abgeordnete Fischer aus dem Grunde, weil es nicht so leicht zur Diktatur führen könne wie ein Präsident. Minister Preuß behauptete das Gegenteil. Trotz der allg. meinen Meinung vor einer möglichen Diktatur wird schließlich der erste Abschnitt des Artikels 61, wonach ein Reichspräsident gewählt werden wird, angenommen. Der Titel „Reichspräsident“ ist „Reichswart“, „Reichsverweser“ fallen unter den Titel. Die Sozialdemokraten hielten es für nötig, einen Antrag einzubringen, wonach die Mitglieder der Landesfürstlichen Familien den Präsidentenposten nicht bekleiden dürfen. Dr. Reichspartei verwarf diesen Antrag, so daß die Sozialdemokraten keine weiteren Anträge das Wort zu ergreifen. Die Demokraten und das Zentrum sprachen sich dagegen aus. Die Abstimmung wurde darüber vorläufig ausgesetzt. Dann folgte eine lange juristische Debatte über Art. 68, der den Abschluß internationaler Verträge regelt. Die zweite Lesung wird durch die Artikel noch verfassungsrechtlich umgestaltet müssen. Ein Bevollmächtigter des Reichspräsidenten erklärte zu Art. 65, der den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht dem Präsidenten überträgt, daß die politische und militärische Macht nicht getrennt werden dürfen, und empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

Hungersnot in Deutschböhmen.

Wien, 9. April. Die deutschböhmisches Landesregierung hat im Wege des Auswärtigen Amtes bei den in Wien weilenden Vertretern der Ententemächte Vorstellungen wegen der in Deutschböhmen immer mehr um sich greifenden Hungersnot gerichtet und verlangt, daß die von den Ententemächten für Tschechoslawen gelieferten Lebensmittel in den besetzten deutschböhmisches Gebieten unter Aufsicht einer Ententekommission verteilt würden. Sie hat darauf hingewiesen, daß, wenn nicht schnell Abhilfe erfolge, die Voraussetzungen für bolschewistische Umtriebe geschaffen würden.

Schlesien.

Volksrat und Arbeiterrat.

* Die gestern im Fürstensaal des Breslauer Rathauses unter dem Vorsitz des Professor Dr. Holmann gepflogenen Verhandlungen zwischen dem Vorstände des Volksrates und dem „Zwanzigerausschuß“ haben zu nachstehender Vereinbarung geführt:

1. Die Kommission zur Vorbereitung der Wahlordnung zum Arbeiterrat der Stadt Breslau besteht aus vier Vertretern des Vorstandes des Volksrates und vier Vertretern des Zwanzigerausschusses.
2. In der Kommission wird abgestimmt mit der Maßnahme, daß für Beschlüsse Dreiviertel-Mehrheit erforderlich ist.
3. Der von der Kommission aufzustellende Vorschlag einer Wahlordnung ist zunächst einer Vollversammlung der legitimierten Vertreter der Breslauer Arbeiter, Angestellten und Beamtenauschüsse vorzulegen. Mit deren Beschlüssen geht der Vorschlag an das Plenum zur Entscheidung, das, im Falle der Abweichung von den Richtlinien des Zentralrats in Berlin, den Vorschlag an diesen zur Genehmigung weitergibt. Dazu meldet eine Mitteilung des Volksrates noch: „Der Zwanzigerausschuß hält den Zentralrat zwar nur für zuständig, wenn er von einem nach dem Vertriebswahlssystem gewählten Rätekongress gewählt ist, verpflichtet sich aber, vor weiteren Maßnahmen das Eintreffen der Entscheidung des Zentralrats abzuwarten.“

Der Volksrat hat also, um die Ruhe zu bewahren, die Forderungen einer kleinen Minderheit bewilligt, weil diese Minderheit im Falle der Ablehnung mit Gewalt gedroht hatte. Ob dieser weitere Ruf nach links wirklich den Erfolg haben wird, die Ruhe aufrechtzuerhalten, muß abgewartet werden. Die bisherige Entwicklung der Dinge läßt es kaum erhoffen.

Personalmeldungen.

* Am 9. d. Mts. ist im Krankenhause bei Glatz im Alter von 75 Jahren der als schlesischer Geschichtsforscher hochverehrte frühere Gymnasialdirektor Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Wilhelm Schulte gestorben. Seit dem 1. Mai 1909 gehörte er mit dem Klosternamen Lambert dem Franziskanerorden an.

Vom 11. April ab Friedensgebühren für Mannschaften.

pl. Vom 11. April ab erhalten alle Unteroffiziere und Mannschaften des bisherigen Heeres nach einer Verordnung vom 4. d. M. die vom Reichspräsidenten, dem Reichswehrminister und dem Preussischen Kriegsminister unterschriebene, Friedensgebühren nach den Friedensdienstvorschriften. Der Anspruch auf freie Verpflegung regelt sich nach der Friedensverpflegungsvorschrift. Die mit Rücksicht auf die allgemeine Rationierung angeordneten Einschränkungen hinsichtlich der Verbräuchssätze für Brot und Verpflegungsmittel bleiben bestehen. Die Festsetzung des Truppenbesoldungsgeldes erfolgt ab dem 1. d. M. nach Friedensbestimmungen bis auf weiteres in der bisherigen Weise nach Maßgabe der Bestimmungen der Kriegsverpflegungsvorschrift. Vom 11. April ab fallen auch sämtliche Arbeitszulagen sowie alle sonst für besondere Arbeitsleistungen während der Kriegszeit bewilligten Zulagen fort.

Neben den Friedensgebühren erhalten a) Unteroffiziere und Mannschaften als Gehaltsersatz Zulagen wie Offiziere und Beamte. b) Unteroffiziere und Mannschaften als Lohnersatz (erstere ohne Unterschied des Dienstgrades und der Veranbarung, also auch Abzahlende, Feuerungszulagen, die bis auf weiteres für Unteroffiziere drei, für Mannschaften zwei Mark betragen. c) Soldatenräte erhalten die Zulagen wie unter a) und b) je nach der Art der Beförderung, nur für Tage von mehr als fünfjähriger Tätigkeit eine Erhöhung auf fünf Mark. Für tatsächlichen Mehraufwand werden die Soldatenräte, wie jetzt, weiter entschädigt.

Für die Feuerungszulagen gelten folgende Bestimmungen: Bei Einstellung, Entlassung oder Degradation sind sie wie die Lohnzahlbar. Der Monat wird zu 30 Tagen gerechnet. Bei Beförderungen ist der höhere Zuschuß mit der höheren Lohnzahlbar. Bei Urlaub wird Zuschuß gewährt, wenn Lohnzahlbar. Verurlaubte Militäranwärter erhalten die militärischen Gehaltsgebühren weiter. Aus der Beschäftigung stehende Einnahmen sind aber auf das militärische Einkommen anzurechnen. Rekruten erhalten keinen Abzug. Lazarettfranken erhalten den Zuschuß neben der Krankenlohnung. Bei Arrest als Disziplinarstrafe fällt der Zuschuß fort. Gerichtliche Untersuchung hat keinen Einfluss auf die Zahlung. Bei Untersuchungshaft wird die Hälfte einbehalten, bei Freilassung oder Einstellung des Verfahrens aber nachgezahlt. Bei Vollzug gerichtlicher Strafen, unerlaubter Entfernung, Fahnenflucht, Dienstverweigerung fällt der Zuschuß fort. Bei Kommandos wird die Zulage gezahlt so lange wie die Lohnzahl. Dienstfreien haben keinen Einfluss. Bei Todesfall wird der Zuschuß auf dieselbe Zeit (einschließlich Gnadenzeit) gezahlt wie Gehalt oder Lohnzahl. Verheiratete Unteroffiziere als Lohnzahl empfänger erhalten einen Lohnzahlgehalt, wenn kinderlos von 1,65 Mark, für jedes Kind 1 Mark täglich, gleichgültig, ob gemeinsamer oder getrennter Haushalt.

Wer auf seinen Wunsch bei der Truppe bleibt, weil er noch kein Unteroffizier gefunden hat, erhält bis zur Entlassung nur noch die Friedenslohnung des Dienstgrades, aber weder Feuerungszulagen noch Arbeitszulagen. — Urlaub zur Aufnahme der Arbeit kann bis zu zehn Tagen unter Befreiung der Lohnzahl gewährt werden.

Für die besonderen auf Anordnung oder mit Zustimmung der Reichsregierung gebildeten Sicherheitsgruppen, Freiwilligen, Reichswehr- und Volksehrformationen, sowie für die bei diesen gebliebenen, im Grenzschutz verwendeten Feldformationen gelten auch fernerhin die erlassenen Sonderbestimmungen.

Theateraufführung am Karfreitag.

w. In einem Schreiben des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten heißt es: Die bisherige Handhabung der Bestimmungen über die äußere Festhaltung der Sonn- und Feiertage entspricht nicht mehr dem heutigen Empfinden. Wenn es auch nicht geboten erscheint, die auf diesem Gebiete geltenden Polizeiverordnungen jetzt allgemein abzuändern, zumal Dringendes zu tun ist, so erscheint doch ihre freiere, dem modernen Geiste mehr entsprechende Auslegung und Handhabung am Platz. Insbesondere ist meinerseits nichts dagegen einzuwenden, wenn am Karfreitag das Bühnenfestspiel „Karfreitag“ von Richard Wagner, das festsche Christendrama oder andere Aufführungen

Landw. Ein- u. Verkaufs-Gen. e. G. m. b. H.

Richard Hofisch, für den provinziellen und den
weiteren Inhalt der Zeitung: Otto Herrmann, beide
in Breslau. Druck von Wils. Cotta's Sohn in Breslau.